

## Spaltung überwinden

Die Konflikte in Bolivien zwischen den reichen Provinzen und den ärmeren Regionen beeinflussen auch die Arbeit des KAB-Hilfswerks in dem latein-amerikanischen Land. „Es ist angesichts der Unruhen schwieriger geworden, die Projekte weiterzuführen“, erklärte Norbert Steiner, Geschäftsführer von Weltnotwerk der KAB. Mit der Wahl des indigenen Präsidenten Evo Morales ist die Armut der Indios und anderer Bevölkerungsgruppen in den Blick geraten. Morales versucht mit seiner Politik, das Geld, das im Land erwirtschaftet wird, nicht ins Ausland transferieren zu lassen. Die reichen Provinzen befürchten, dass wie im Nachbarland Venezuela Betriebe und Unternehmen verstaatlicht werden. „Unser Partner vor Ort“, so Steiner, „sieht die Ansätze von Morales positiv. Erstmals wurden die Armen in den Fokus der Politik gestellt.“ Weltnotwerk unterstützt daher die Vision des Präsidenten, die Spaltung in Arm und Reich zu überwinden. Skepsis dagegen wird an der Methode laut, die der Präsident wählt. „Der sozialen Spaltung darf nicht die politische folgen. Der Präsident wäre gut beraten, im Konsens und mit allen beteiligten Kräften den Wandel in Bolivien voranzutreiben“, sagte Steiner. Das Weltnotwerk der KAB versucht gerade diese Schranken



Norbert Steiner.



Bitte unterstützen Sie die Partner der KAB Aachen in Madagaskar und Kap Verde

## Kindergelderhöhung zu gering

Als zu gering hat Bundesvorsitzende Birgit Zenker die Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro bezeichnet. Die jüngsten Daten zur Einkommenssituation der Arbeitnehmer und ihrer Familien zeigen eindeutig, dass trotz geringer Lohnzuwächse die Belastungen und die Ausgaben besonders für Familien mit Kindern gestiegen sind. „Unterm Strich haben Familien Einkommensverluste hinzunehmen“, sagte Birgit Zenker. Die KAB fordert daher eine Erhöhung des Kindergeldes ab 2009 in Höhe von 30 Euro pro Kind, zumal die letzte Erhöhung vor acht Jahren unter der rot-grünen Regierungskoalition erfolgte. „Seither hat die Bundes-

regierung weder die Steuererhöhungen, noch die steigende Inflationsrate bei den direkten Familienleistungen berücksichtigt“, so Zenker. Ähnlich hoch hat auch der Familienbund der Katholiken die Messlatte fürs Kindergeld gelegt. Familienbundespräsidentin und KAB-Bundesausschuss-Mitglied Elisabeth Bußmann hatte die Pläne der Regierungskoalition als „verdeckte Steuererhöhung für Familien“ bezeichnet. Der Familienbund fordert den Kinderfreibetrag zum 1. Januar 2009 um rund 1000 Euro auf 6829 Euro anzuheben und das Kindergeld um 28 Euro für das erste bis dritte und 32 Euro für jedes weitere Kind zu erhöhen.



Nach Ansicht der KAB bringt der Einheitsbeitrag nicht mehr, sondern weniger Solidarität. Foto: KAB

## Einheitsbeitrag belastet

„Die Entlastung der Arbeitgeber ist nicht nur der Beginn des Ausstiegs der Arbeitgeber aus der Sozialversicherung, sondern führt zudem zu weiteren Belastungen der Arbeitnehmer und Versicherten“, sagte Bundesvorsitzender Georg Hupfauer angesichts der Festsetzung des Einheitsbeitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung durch die Bundesregierung. Ab 1. Januar würde die große Zahl der Arbeitnehmer nicht nur mehr bezahlen müssen, auch die zukünftigen Steigerungen durch die kleine Kopfpauschale in Höhe von acht Euro pro Monat müssten Arbeitnehmer und Rentner in Zukunft allein tragen, so der KAB-Vorsitzende. Der Gesundheitsfonds und der Einheitsbeitrag bringen nach Auffassung der KAB nicht mehr, sondern weniger Solidarität ins Gesundheitswesen. „Solidarität sieht anders aus. Ziel muss es sein“, so Hupfauer, „alle Bürger

und Bürgerinnen in das System der gesetzlichen Krankenversicherung einzubeziehen und eine breite und für jeden Menschen zugängliche medizinische Versorgung zu garantieren.“ Der Gesundheitsfonds werde die Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht lösen, ist sich der KAB-Vorsitzende sicher. So werde nicht der Wettbewerb der Kassen um Leistung und Qualität gestärkt, sondern zu Fusionen führen, um Verwaltungskosten zu reduzieren. Der KAB-Bundesausschuss befürchtet, dass die Leistungen der Kassen zunehmend privatisiert und damit für viele Menschen nicht mehr finanzierbar werden. Die KAB Deutschlands hatte bereits im März 2005 ein Konzept zur Gesundheitspolitik verabschiedet, bei dem eine zukunftsfähige solidarische Krankenversicherung im Mittelpunkt steht.

# Wut auf europäische Dumpinglohn-Urteile

KAB-Europaexperte Wilfried Wien über das Sozialforum in Malmö

Mit einer Delegation war die KAB Deutschlands auf dem Europäischen Sozialforum in Malmö vertreten. Horst Erlenkötter sprach mit Wilfried Wien, Europaexperte der KAB Deutschlands, über die Ergebnisse.



Wilfried Wien fordert die Einführung einer bundesweiten Mindestlohnregelung. Foto: KAB

**Frage:** Herr Wien, Sie waren in Malmö auf dem Europäischen Sozialforum ESF. Was waren die bestimmenden Themen. Woran krankt Europa derzeit?

**Wilfried Wien:** Derzeit krankt Europa natürlich an der weltweiten Finanzkrise. Doch die Phänomene der Deregulierung und Globalisierung sind nicht nur die Probleme der Finanzwelt, sondern auch der Arbeitswelt.

**Frage:** Wie wurde dies beim ESF in Malmö diskutiert?

**Wien:** Beispiel Lohndumping: Bisher waren die skandinavischen Gewerkschaften gegen gesetzliche Mindestlöhne, weil sie über Tarife Billiglöhne und Ausbeutung in ihren Ländern verhindern konnten. Diese Situation hat sich mit den letzten Urteilen des Europäischen Gerichtshofes völlig geändert. So wurden auf schwedischen Baustellen nicht ortsübliche, sondern lettische Löhne gezahlt. Der Boykott der schwedischen Gewerkschaften wurde unter Hinweis auf das europäische Entsendegesetz abgewiesen. Das Gericht legalisiert somit Dumpinglöhne, machen daraus sozusagen ein Grundrecht. Diese Entwicklung, die auch in den Viking-, VW- oder Ruffert-Urteilen deutlich wird, war eines der bestimmenden Themen in Schweden.

**Frage:** Fand man Lösungen in den Workshops und Diskussionsrunden?

**Wien:** Erst einmal nicht, Wut und Empörung über die europäische Rechtsprechung im Arbeits- und Sozialrecht standen im Vordergrund. Doch natürlich war klar, dass man die europäischen Vereinbarungen verbessern muss, denn sie bilden die Grundlagen für die Urteile des europäischen Gerichtshofes in Luxemburg.

**Frage:** Wie will man diese Kursänderung in der europäischen Politik erreichen?

**Wien:** Das Europäische Sozialforum bietet dazu eine gute Grundlage. In Malmö trafen sich viele Initiativen, kirchliche und gewerkschaftliche Verbände, Parteien, aber auch kleine und internationale

Gruppen wie beispielsweise attac. Das ESF-Netzwerk, das sich in Malmö unter dem Motto „Eine andere Welt ist möglich“ traf, kann in den jeweiligen Ländern politisch Druck erzeugen. Die KAB Deutschlands mit ihrer Kampagne für ein sozial gerechtes Europa ist dazu ein gutes Beispiel.

**Frage:** Und wenn das nicht reicht, um die Politiker in Europa zu bewegen?

**Wien:** Auch das wurde in Malmö diskutiert. Gewerkschaftsvertreter sahen sogar die Möglichkeit des Streiks, um den rechtlichen Rahmen gegen Lohndumping zu schaffen. In Deutschland muss endlich auch die Bundesregierung erken-

nen, dass eine bundesweite Mindestlohnregelung notwendig ist.

**Frage:** Was kann die KAB bei so einem internationalen Treffen einbringen?

**Wien:** Nun ja, gerechter Lohn, menschenwürdige Arbeit und Mindestlohn sind die Themen der KAB. Doch in der kleinen Delegation der KAB wurde auch deutlich, dass wir mehr zu bieten haben. Das Modell einer Tätigkeitsgesellschaft auf der Grundlage eines bedingungslosen Grundeinkommens sind Zukunftsthemen, die auch beim Europäischen Sozialforum Thema werden müssen. Dies wird eine Aufgabe in den kommenden Jahren sein.

# Stärkere Regeln, mehr Mitbestimmung

Birgit Zenker: Wir brauchen die Balance zwischen Arbeit und Kapital!

**Frage:** Frau Zenker, Angela Merkel und ihr Finanzminister Peer Steinbrück haben betont, dass trotz der dramatischen Entwicklung die Sparguthaben sicher sind. Können die Arbeitnehmer aufatmen?

**Birgit Zenker:** Wenn es um die Spareinlagen geht, können natürlich die Arbeitnehmer aufatmen, doch global gesehen sind es nicht die Manager und Politiker, die den Karren in den Dreck haben fahren lassen, die Verlierer, sondern die Arbeitnehmer.

**Frage:** Inwiefern?

**Zenker:** Da sind zum einen die amerikanischen Rentenfonds, die binnen kürzester Zeit fast eine Billion Dollar verloren haben. Die wohl verdiente Altersrente vieler amerikanischer Arbeitnehmer ist in Gefahr, weil sie zu sehr auf eine private Altersvorsorge gesetzt haben. Viele werden länger arbeiten müssen, um eine ausreichende Altersvorsorge zu erhalten. Noch vor kurzem hat ein Institut im Auftrag der Deutschen Bank erklärt, dass mit einer kapitalgedeckten Altersvorsorge eine höhere Rendite erreicht werden kann als mit einem gesetzlichen Umlageverfahren. Dass der Chef der Deutschen Bank, Herr Ackermann, in der Not erneut nach dem Staat ruft, ist mehr als verwunderlich, es ist geradezu peinlich. Denn die Macht der Banken reicht in die Unternehmen und die Unternehmenspolitik hinein. Sie haben jahrzehntelang den Wirtschaftskurs bestimmt und weniger Staat gefordert.

**Frage:** Reicht das Vertrauen aus, um die Wirtschaft wenigstens am Laufen zu halten?

**Zenker:** Der Krise in der Finanzwelt folgt die Rezession in der Wirtschaft. Fehlende Investitionen und Vertrauen schwächen die Wirtschaft und lassen die Arbeitslosigkeit wieder ansteigen. Vor diesem Hintergrund ist die Senkung des Arbeitslosenbeitrages ein folgenreicher Fehler. Was die enorme Steigerung des Krankenkassenbeitrages ab 2009 abfedern soll, führt dazu, dass für dringende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den nächsten sechs Monaten kein Geld mehr da sein wird. Die Finanzkrise beschleunigt den Abschwung der Konjunktur. Leidtragende sind die Arbeitnehmer, die aufgrund der Inflationsraten in den letzten Jahren eine Stagnation bei den Löhnen hinnehmen mussten. Deshalb sollte nicht nur auf die notwendige Reform der Finanzwelt, sondern auch auf die nachhaltige Neugestaltung der Arbeitswelt geschaut werden.

**Frage:** In der Krise soll auch immer eine Chance liegen. Sehen Sie Hoffnung?

**Zenker:** Ja, in den letzten Jahrzehnten ist der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Kapitals entschieden worden. Der Wert der menschlichen Arbeit wurde permanent wertloser, Aktien stiegen, wenn Menschen entlassen wurden. Mini- und Billigjobs und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wurden zugunsten einer maximalen

Gewinnsteigerung eingeführt. Profitmaximierung und nicht die reale Wirtschaftsleistung der Betriebe standen im Vordergrund wirtschaftlichen Handelns. Der Mensch war nicht Mittelpunkt der Wirtschaft, sondern Stör- und Kostenfaktor.

Manager erhielten unvorstellbare Gehälter, wenn sie ein Unternehmen von produktiven, menschlichen Arbeit befreiten. Der Wert der Arbeit war und ist immer noch dem freien Fall ausgesetzt, wie nun die Börsenkurse. Die Politik hat oft hilflos zugehört und oft auch mit Deregulierungsmaßnahmen aktiv mitgeholfen. Der Abbau des Kündigungsschutzes und der Mitbestimmungsrechte sind zwei Beispiele. Die Entlastung der Arbeitgeber im Bereich der Sozialversicherung und die Weigerung der Bundesregierung einen menschenwürdigen Mindestlohn bundesweit zu etablieren wären weitere Beispiele.

**Frage:** Was ist vor diesem Hintergrund notwendig?

**Zenker:** Kapital und Arbeit in eine Balance zu bringen. Da reichen keine Beteiligungsmodelle aus. Beteiligung heißt Mitsprache, heißt Transparenz, heißt Mitbestimmung. Hier muss die Politik die Weichen stellen. Transparenz, Kontrollen und ein nachhaltigeres Vergütungssystem für Manager sind nötig, mit dem nicht kurzfristige Gewinnsprünge, sondern beharrliche und gute Arbeit sowie langfristiger Erfolg honoriert werden.

**Frage:** Reichen nationale Gesetze dazu aus?

**Zenker:** National wurde, was die Bankenaufsicht betrifft, einiges getan. Auch Europa hat mit Basel II die Eigenkapitalbasis der Banken zu erhöhen versucht. Dies muss weltweit geschehen. Gleichzeitig müssen neue Finanzprodukte intensiver vor ihrer Zulassung geprüft werden. Aber auch die Wirtschafts- und Finanzwelt national wie global muss einen klareren Rahmen bekommen. Für Steueroasen ist in einer geordneten Finanzwelt kein Platz mehr. Aufsichtsorgane müssen – wenn das Geld rund um den Globus zirkuliert – auch weltweit agieren und kontrollieren. Hier ist die Europäische Union nun gefordert, mit der neuen amerikanischen Regierung einen gemeinsamen Weg vorzugeben.

### Impressum

Die KAB-Nachrichten im RuhrWort erscheinen in jeder dritten RW-Ausgabe des Monats.  
**Verantwortlich:** Diözesanleitung der KAB im Bistum Essen (Diözesanvorsitzender Johannes Strickerschmidt, Diözesansekretär Winfried Fockenberger).  
**Redaktion:** Wolfgang Heinberg (verantwortlich), DP André Müller.  
**Kontakt:** Telefon: 0201-878910